Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3402

21. 11. 88

Sachgebiet 82

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP — Drucksachen 11/2237, 11/3320 —

Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz — GRG)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung — Drucksachen 11/2493, 11/3320 —

Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz — GRG)

Bericht der Abgeordneten Sieler (Amberg), Strube, Zywietz und Frau Rust

Mit den von den Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung eingebrachten wortgleichen Gesetzentwürfen in Drucksachen 11/2237 und 11/2493 sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die seit Jahren ansteigenden Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung zu senken und dauerhaft zu stabilisieren. Solidarität und Eigenverantwortung sollen stärker miteinander verbunden werden, um die Entlastung der Beitragszahler und die Erfüllung neuer Aufgaben zu ermöglichen. Die Gesetzentwürfe sollen im Jahr 1992, wenn alle Maßnahmen voll wirksam geworden sind, zu Einsparungen bei den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von rd. 14 Mrd. DM führen.

Auf den Bundeshaushalt wirkt sich die vorgesehene Strukturreform im Gesundheitswesen wie folgt aus:

a) **Einzelplan 10 — Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten —**

Aufwendungen für die Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Altenteiler:

Mehrausgaben bzw. Einsparungen wirken sich wegen der vom Bund zu tragenden Ausgaben für die Altenteiler in der Krankenversicherung der Landwirte wie folgt aus:

	1989	1990	1991	1992
	— in Mio. DM —			
Entlastungen	87	127	138	161
Mehrausgaben ..	18	24	101	161
Saldo (Entlastung: ⁒) ..	⁒69	⁒103	⁒ 37	⁒ 0

b) **Einzelplan 11 — Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung —**

Aufwendungen für die Knappschaftliche Rentenversicherung:

Durch die Anpassung des Beitragssatzes in der KVdR an den durchschnittlichen Beitragssatz der

GKV ergeben sich Mehrausgaben in der knappschaftlichen Rentenversicherung, die den Bund belasten. Umgekehrt ergeben sich durch den Wegfall der satzungsmäßigen Mehrbelastungen beim Sterbegeld Minderausgaben für die knappschaftliche Rentenversicherung, die den Bund entlasten:

	1989	1990	1991	1992
	— in Mio. DM —			
Entlastungen	75	77	79	81
Mehrausgaben ..	45	72	53	52
Saldo (Entlastung: ⁄) ..	⁄69	⁄ 5	⁄26	⁄29

Aufwendungen nach dem Bundesversorgungsgesetz:

Durch die Übernahme von Vorschriften des Gesundheits-Reformgesetzes in das BVG ergeben sich folgende finanzielle Auswirkungen auf den Bundeshaushalt (unter Berücksichtigung der in der Begründung des Gesetzentwurfs nicht ausgewiesenen Anpassung des KVdR-Beitragssatzes an den allgemeinen Beitragssatz):

	1989	1990	1991	1992
	— in Mio. DM —			
Entlastungen	64	100	113	115
Mehrausgaben ..	14	28	60	72
Saldo (Entlastung: ⁄) ..	⁄50	⁄ 72	⁄ 53	⁄ 43

Aufwendungen nach dem Heimkehrer- und Häftlingshilfegesetz:

	1989	1990	1991	1992
	— in Mio. DM —			
Entlastungen	2,8	2,8	2,8	2,8
Mehrausgaben ..	0,4	0,4	0,4	0,4
Saldo (Entlastung: ⁄) ..	⁄2,4	⁄2,4	⁄2,4	⁄2,4

Es wird erwartet, daß sich die Neuregelungen des Gesundheits-Reformgesetzes bei den Ländern und Gemeinden weitgehend kostenneutral auswirken.

Durch die Übernahme der neuen Leistungen zur Verhütung und Früherkennung von Krankheiten in die Sozialhilfe werden bei den Sozialhilfeträgern Mehrkosten von rd. 25 Mio. DM entstehen.

Durch die vorgesehene Verpflichtung der Bundesländer, die Verwaltungskosten der Leistungen bei Krankheit nach dem Bundesvertriebenengesetz zu übernehmen, werden die Länder mit Mehrausgaben von etwa 2,7 Mio. DM belastet.

Der Gesetzentwurf bewirkt insgesamt eine Entlastung des Bundeshaushalts in den o. a. Bereichen und ist von daher mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar.

Die Fraktion DIE GRÜNEN sieht die Vereinbarkeit mit dem Bundeshaushalt als nicht gegeben an.

Dieser Bericht wird unter dem Vorbehalt erteilt, daß der federführende Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung keine Änderungen empfiehlt, die sich wesentlich auf die Finanzlage des Bundes auswirken können.

Bonn, den 26. Oktober 1988

Der Haushaltsausschuß

Walther	**Sieler (Amberg)**	**Strube**	**Zywietz**	**Frau Rust**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333